

Hillary Clintons nutzte die in den „Elfenbeinturm“ zurück gekehrte Anne-Marie Slaughter bereits kurz nach ihrem Ausscheiden aus den Diensten des Ministeriums: Sie gehörte im Vorfeld der Libyen-Resolution des UN-Sicherheitsrates vom 18.3.2011 zu den medial sichtbarsten Verfechterinnen einer von den USA unterstützten robusten Flugverbotszone über Libyen. Zusammen mit der amerikanischen UNO-Botschafterin Susan Rice, die ebenfalls aus der Washingtoner Think-Tank-Szene stammt und der heute im Nationalen Sicherheitsrat des US-Präsidenten tätigen Buchautorin Samantha Powers sorgte Slaughter für einen Meinungsumschwung zunächst Außenministerin Clintons und später Präsident Obamas in der Libyenfrage. Sowohl Clinton als auch Obama gaben kurz vor der Entscheidung des Sicherheitsrates ihre zögerlich-skeptische Haltung hinsichtlich einer militärischen Intervention der Vereinten Nationen im Libyen-Konflikt auf und schwenkten auf die von Slaughter vertretene Haltung der UN-Doktrin „Verantwortung zum Schutz“ der Bevölkerung (responsibility to protect) gegen eine gewaltsam agierende Regierung eines souveränen Staates ein.

*Martin Thunert, Heidelberg Center for American Studies,
Universität Heidelberg, Germany.
E-Mail: Martin.Thunert@t-online.de*

Calls for Papers

■ Wissen und Expertise in Politik und Verwaltung

Die Sektion „Policy-Analyse und Verwaltungswissenschaft“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft veranstaltet vom 10. bis 11. November 2011 am Deutschen Forschungsinstitut für Öffentliche Verwaltung (FÖV) Speyer bzw. an der Deutschen Hochschule für Verwaltungswissenschaften (DHV) Speyer eine Tagung zum Thema „Wissen und Expertise in Politik und Verwaltung“.

Thema

Theoretische Zugänge und empirische Analysen, die sich der Wissensgenerierung und Expertise in Politik und Verwaltung widmen, haben ihren festen Platz in der Policy- und Verwaltungsforschung. Dabei geht es um zwei Kernbereiche, die im Mittelpunkt der Tagung stehen sollen:

- Zum einen ist die policy-orientierte wissenschaftliche Politikberatung angesprochen. Die steigende Komplexität politischer Probleme trägt dazu bei, dass eindeutige und unstrittige Antworten auf die Frage, welche Maßnahmen der Lösung eines Problems „angemessen“ sind, zunehmend schwerer werden. Akteure in Politik und Verwaltung greifen somit regelmäßig auf externe „Wissensgeneratoren“ (Beratungsunternehmen, PR-Agenturen, Wissenschaftler) zurück, sei es, um in hochspezialisierten Politikmaterien überhaupt entscheidungsfähig zu sein, sei es, um ex ante getroffene Prioritätensetzungen wissens-

basiert zu „rationalisieren“ und zu legitimieren. Damit entsteht das Problem der Instrumentalisierung von Expertise, die aus diesem Grund ihre Glaubwürdigkeit einbüßen kann. Eine kritische Diskussion in der Wissenschaftsforschung knüpft an diese Thematik an und versucht die neuen Produktionsbedingungen wissenschaftlicher Erkenntnis unter dem wachsenden Einfluss von Politik, Unternehmen, aber auch zivilgesellschaftlichen Organisationen zu erhellen.

- Zum anderen geht es um evidenz- und wissensgenerierende Ansätze der Verwaltungsmodernisierung, die auch Bestandteil der NPM- und Post-NPM-Bewegung sind. So setzt sich trotz teils kritischer Bilanzen des NPM der internationale Trend von Leistungsmessung, Benchmarking und Ergebnissteuerung weiterhin fort. Die prekäre öffentliche Haushaltslage und die Finanzkrise führen zu wachsendem Informations- und Wissensbedarf hinsichtlich der Kosten und Effizienz von Verwaltungsleistungen und politischen Entscheidungen, so dass Verfahren der Leistungsmessung und des Leistungsvergleichs an Bedeutung gewinnen. Ferner ist im Zuge der europäischen Integration der Ausbau von gemeinsamen Qualitätsbewertungssystemen, von Benchmarking sowie von Plattformen zum „Policy-Learning“ und Mechanismen institutionellen Lernens innerhalb und zwischen den europäischen öffentlichen Verwaltungen bzw. politischen Akteuren zu beobachten. Schließlich verweist auch der neu eingefügte Art. 91d GG, mit dem Leistungsvergleiche – in Europa ein bisher einmaliger Vorgang – einen verfassungsrechtlichen Status erhalten haben, auf die aktuelle Bedeutung von Wissensgenerierung und Evidenzbasierung im öffentlichen Sektor.

Einreichung und Kontakt

Abstracts (max. 400 Wörter) können bis zum 30. Juni 2011 per E-Mail an Prof. Dr. Sabine Kuhlmann (kuhlmann@dhw-speyer.de) und Prof. Dr. Sabine Kropp (kropp@dhw-speyer.de) gesendet werden.

Ein ausführlicher Call for Papers findet sich unter: <http://www.uni-konstanz.de/dvpw/sektionpv/2011/03/sektionstagung-wissen-und-expertise-in-politik-und-verwaltung/>

Intermediäre Akteure im Wandel

Parteien, Verbände, Interessengruppen und soziale Bewegungen vor neuen kommunikativen Herausforderungen

Die Gemeinsame Jahrestagung der Fachgruppe „Kommunikation und Politik“ der Deutschen Gesellschaft für Publizistik- und Kommunikationswissenschaft, des Arbeitskreises „Politik und Kommunikation“ der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft sowie der Fachgruppe „Politische Kommunikation“ der Schweizerischen Gesellschaft für Kommunikations- und Medienwissenschaft findet vom 09.02.2012 bis 11.02.2012 an der Universität Zürich statt.

Thema

Parteien, Verbände, Interessengruppen und soziale Bewegungen gelten als klassische intermediäre politische Akteure. Ihnen wird eine bedeutende und für die Demokratie relevante Vermittlungsfunktion zwischen Staat und Gesellschaft zugeschrieben. Sie aggregieren, transformieren und artikulieren politische Interessen, beteiligen sich an politischen Entscheidungsprozessen und kommunizieren politische Beschlüsse zurück an die Bürgerinnen und Bürger.

Gesellschaftliche und politische Wandlungsprozesse in modernen Demokratien stellen diese Vermittlungsleistungen jedoch vor Herausforderungen:

- Volatile Mitgliedschaften und der Schwund der Stammklientel erschweren Kommunikationsbeziehungen zwischen den intermediären Akteuren und ihren Mitgliedern respektive Sympathisanten (Binnenkommunikation).
- Intermediäre Akteure müssen mit zunehmend erodierenden Bindungen zum politischen Entscheidungssystem sowie Transnationalisierungs- und Europäisierungsprozessen umgehen (Kommunikation zwischen Intermediären und politischen Entscheidern).
- Zudem werden diese Entwicklungen von einer generellen Zunahme und dem Bedeutungsgewinn massenmedialer Kommunikation begleitet (Kommunikation zwischen intermediären Akteuren und Medien).

Als Folge dieser Prozesse müssen neue Kommunikationsstrukturen als Ersatz für sich auflösende Kanäle entwickelt, Aufmerksamkeit generierende Kommunikationsmodi und -strategien ausgebaut und entsprechende Instrumente ins Kommunikationsrepertoire aufgenommen werden:

So gewinnt die Kommunikation über massenmediale Kanäle für intermediäre Akteure an Gewicht. Protestkommunikation und Demonstrationen werden zur Mobilisierung der Anhänger sowie zur Werbung und Durchsetzung eigener Inte-

ressen eingesetzt. Onlineaktivitäten wie das Pflegen einer Website und die Präsenz in sozialen Netzwerken oder Internet-Videoportalen werden zum integralen Bestandteil von Kommunikationsstrategien. Zudem übernehmen andere und neue Akteure Funktionen in der Interessenvermittlung, beispielsweise Think Tanks oder Unternehmen.

Ziel der Tagung ist es, den Umgang der intermediären Akteure mit den neuen Herausforderungen zu analysieren, die Vermittlungsleistungen zu ihren internen und externen Bezugsgruppen in den Blick zu nehmen und die Folgen des Wandels intermediärer Akteure für den demokratischen Prozess zu diskutieren.

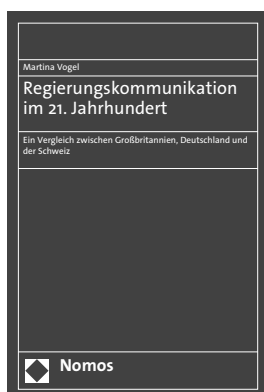
Diese Problematiken sollen vor allem im Rahmen von Vortragsbeiträgen sowie in der Keynote, für die Prof. Dr. Ulrich Sarcinelli gewonnen werden konnte, erörtert werden.

Da die Forschung zur politischen Kommunikation viele Jahre den Fokus auf die Analyse von Wahlkampfkommunikation von Parteien gelegt hat, soll mit dieser Tagung bewusst ein neuer Fokus gelegt werden: Erwartet werden vor allem Beiträge zur Vermittlungsleistungen im intermediären System. Ferner sind ausdrücklich Arbeiten erwünscht, die sich nicht nur mit einem Akteurstyp befassen, sondern den Umgang mit kommunikativen Herausforderungen vergleichend in den Blick nehmen.

Einreichung und Kontakt

Vorschläge können als aussagekräftige extended Abstracts (800-1000 Wörter exkl. Literaturverzeichnis) mit Angabe des Schwerpunktes unter polkomm2012@ipmz.uzh.ch bis zum 15.10.2011 eingereicht werden. Für Fragen und Anmerkungen steht Franziska Oehmer zur Verfügung: f.oehmer@ipmz.uzh.ch

Ein ausführlicher Call for Papers findet sich unter: http://www.dgpuk.de/upload/dgpuk//CfP_Intermediaere_im_Wandel.pdf



Regierungskommunikation im 21. Jahrhundert

Ein Vergleich zwischen Großbritannien, Deutschland und der Schweiz

Von Martina Vogel

2010, 212 S., brosch., 29,- €, ISBN 978-3-8329-5116-0

nomos-shop.de/11966

Erstmalig befasst sich ein Buch mit dem Wandel der Regierungskommunikation im internationalen Vergleich. Die Kommunikation von Regierungen hat sich in den letzten Jahren und Jahrzehnten zum Teil massiv verändert. Das Buch befasst sich mit den Veränderungen der Regierungskommunikation sowie deren Ursachen in Großbritannien, Deutschland und der Schweiz.

Bitte bestellen Sie im Buchhandel oder versandkostenfrei unter ► www.nomos-shop.de



Nomos